

### Versus Demokratisierung der Energieversorgung

Vor allem die LINKE stellt insbesondere nach „Fukushima“ dem Einfluss der vier Energiekonzerne (LINKE 30.06.2011: 13378) die Forderung einer Demokratisierung der Energieversorgung entgegen. Die Macht der vier Konzerne, die „sich die Bundesrepublik Deutschland feudal aufgeteilt haben“ (LINKE 24.03.2011: 11285), erfordere eine demokratische Kontrolle durch Preisregulierung: „Wieder geht es um die Frage der Zuständigkeit der Politik und der Demokratie. Sie begreifen eine einfache Tatsache nicht: Der Bundestag wird demokratisch gewählt; die Atomlobby wird nicht gewählt“ (LINKE 24.03.2011: 11285). Die Politik müsse die Kraft entwickeln, den „Konzernlobbyisten“ zu widerstehen „und den Vorrang der demokratischen Institutionen zu sichern“ (LINKE 17.03.2011: 10898). Ein „Energiekonzept der Zukunft“ müsse mit „unabhängigen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern, Umweltverbänden und kommunalen Energieversorgern erarbeitet werden“ (LINKE 17.03.2011: 10898). Einigungen dürften nicht mit der „Atomlobby“ ausgehandelt werden, sondern seien demokratisch zu erzielen – das sei auch der Fehler von rot-grün gewesen (LINKE 24.03.2011: 11283). Die Politik, nicht die Konzerne, müssten wieder für die Daseinsvorsorge zuständig sein, das sei eine Frage der Demokratie (LINKE 09.06.2011: 12970). So können Entscheidungen vor Ort demokratisch getroffen werden: „Wenn Sie alles privatisiert haben, hat der Bürgermeister nichts mehr zu entscheiden, weder hinsichtlich der Energiepreise noch hinsichtlich der Wasserpreise oder der Mieten [...]. (Volker Kauder [CDU/CSU]: Wir wollen keine Situation wie in der DDR!)“ (LINKE 24.03.2011: 11284). Daher sollen auch die Stromnetze wieder in öffentliche Hand überführt werden: „Wenn die Stromnetze nicht in öffentlicher Hand sind, dann ist die Politik auch nicht zuständig. Wenn die Politik nicht zuständig ist, dann ist auch die Demokratie nicht zuständig“ (LINKE 24.03.2011: 11284). Die LINKE fordere daher in letzter Konsequenz „eine Zerlegung“ und „eine Rekommunalisierung“ der vier Konzerne (LINKE 30.06.2011: 13378).

## 5.3 FANTASMATISCHE NARRATIVE IM KONTEXT DES DISKURSES UM „ENERGIEWENDE“

Dieses Kapitel zielt auf die ‚großen sinnstiftenden Erzählungen‘ hinter den Story-Lines, also auf die Kräfte hinter den Bedeutungssystemen, ab. Fantasmatische Narrative spielen eine Rolle bei der Verdeckung der Nicht-Naturgegebenheit sowie der Entpolitisierung sozialer Praktiken. Im Rahmen des in Kapitel 4.2.3 beschriebenen Analyseverfahrens wurden auf Grundlage der als zentral identifizierten Story-Lines drei fantasmatische Narrative herausgearbeitet, die für die Bedeutungsgenerierung von „Energiewende“ als maßgeblich erachtet werden. Im Folgenden werden diese Narrative dargestellt, mitsamt ihrer glücksverheißenden Dimension, d.h. der kommenden Erfüllung, auf die sie verweisen (Glynos/Howarth 2007: 147f.). Zuvor wer-

---

Hegemonie und Gegen-Hegemonie und kann nicht mehr als zentrale Forderung für eine ausschließlich kritisch positionierte populäre Äquivalenzkette stehen.

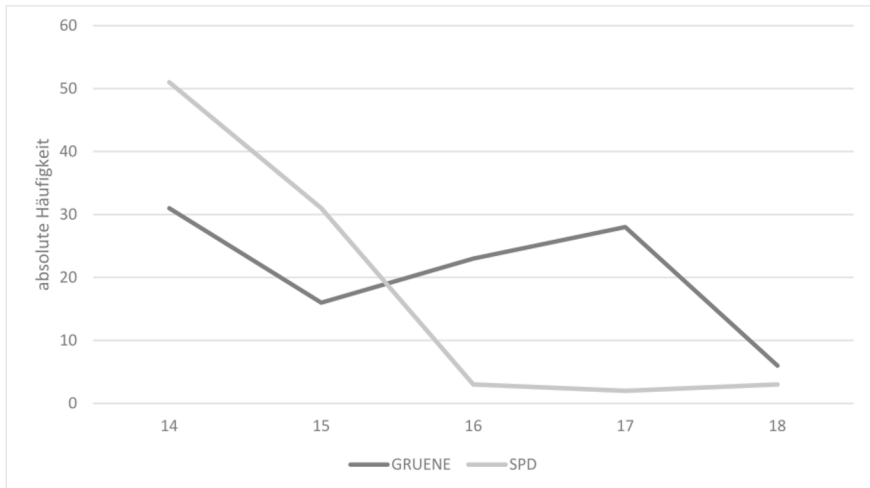
den die in Bezug auf die Erfüllung der Glücksverheißung relevanten Hindernisse/Gefahren für das jeweilige Narrativ beschrieben sowie die Katastrophenszenarien, die im Rahmen der schreckensverheißenden Dimension der Narrative projiziert werden, sollten die Hindernisse/die Gefahren nicht überwunden werden können. Aus der zeitlichen Dimension der Glücksverheißung in Verbindung mit dem Verhältnis zwischen interner und externer Verortung des Hindernisses/der Gefahr lassen sich die Narrative in ihrem Verhältnis zur politischen Praxis klassifizieren (vgl. Kapitel 4.2.3). Somit zeigt sich auch, ob sie eher auf einen Wandel sozialer Praktiken gerichtet sind oder diesen eher verhindern.

### 5.3.1 Ökologische Modernisierung

#### Entwicklung des Narrativs

Das fantasmatistische Narrativ der ‚ökologischen Modernisierung‘ taucht zunächst unter der rot-grünen Regierungskoalition der 14. und 15. Legislaturperiode auf. Trotz der Differenzen in den Positionierungen, bspw. bezüglich des Stellenwertes von Umweltpolitik, zeigt sich zunächst eine Diskurskoalition aus SPD und GRÜNEN in der Frage der Energiepolitik. Mit Beginn der großen Koalition verliert das Narrativ in der 16. Legislaturperiode allerdings an Bedeutung. Mit der Regierungsbeteiligung in der großen Koalition verändert die SPD ihre Diskursposition und artikuliert kaum noch Forderungen vor dem Hintergrund einer ökologischen Modernisierung. Die direkte Referenz auf ökologische Modernisierung nimmt ab (vgl. Abbildung 13).

Abbildung 13: Verteilung absoluter Häufigkeiten von ökologisch\* Modernisierung\* über Legislaturperioden (GRÜNE, SPD)



Quelle: eigene Darstellung

In der 17. und 18. Legislaturperiode setzt sich diese Tendenz fort: Sowohl von SPD als auch von GRÜNEN werden nur noch einzelne Forderungen im Kontext ökologischer Modernisierung aufgegriffen. In der 18. Legislaturperiode wird sie als glücks-

verheißende Dimension von beiden kaum noch angesprochen, während das Kernproblem des Klimawandels ebenfalls kaum noch Thema ist.

### **Hindernisse/Gefahren und schreckensverheißende Dimension**

Die schreckensverheißende Dimension des Narrativs begründet sich vor allem im Klimawandel durch Treibhausgasemissionen, woraus die Notwendigkeit einer ökologischen Modernisierung als glücksverheißendes Gegenszenario abgeleitet wird. Die angenommenen Ursachen und Folgen des Klimawandels liegen den Plenardebatten meist implizit zugrunde und werden selten explizit benannt; Wenn, dann fließen Elemente wie Ressourcenknappheit, Verteilungskämpfe, Kriege oder Naturkatastrophen in den Diskurs mit ein (z.B.: GRÜNE 25.02.2000: 8441). Im Vorfeld der renewables2004 Konferenz werden die Katastrophenszenarien konkreter artikuliert: Pazifische Inselstaaten werden „in wenigen Jahrzehnten verschwunden sein“, der „Anstieg der Temperaturen“ erfolge schneller „als erwartet“, „weder Fauna noch Flora“ können sich so schnell anpassen (SPD 28.05.2004: 10247).

„Die Eisschmelze von Gletschern und an den Polen geht schneller vonstatten und übertrifft alle Erwartungen. Der Meeresspiegel könnte [...] durchaus sprunghaft ansteigen. [...] Dem Süden der Welt, aber auch dem Mittelmeerraum und dem Süden der USA drohen verstärkte Dürren. Dem Norden der Welt drohen verheerende Hochwasser“ (SPD 28.05.2004: 10247).

Es werde daher zu „Flüchtlingsströmen“ kommen (SPD 06.06.2008: 17744). Im Koalitionsvertrag der 15. Legislaturperiode ist von der „große[n] Flutkatastrophe“ (gemeint ist das Elbe-Hochwasser) die Rede, die den Handlungsbedarf „auf erschreckende Weise vor Augen geführt“ habe (Koalitionsvertrag 2002: 10). Als ein „denkbares Szenario“ (aber „wohl nicht das wahrscheinlichste“) wird auf den Film „The Day after Tomorrow“ rekurriert, der von einer abrupten Klimakatastrophe erzählt (GRÜNE 28.05.2004: 10237).

Die Hindernisse, die es zur Abwendung dieser mit dem Klimawandel in Verbindung gebrachten Katastrophen zu beseitigen gelte, werden nur teilweise intern – also innerhalb der politischen/ökonomischen Strukturen – verortet. Forderungen nach Anpassungen im ökonomischen System werden deshalb nicht im Rahmen eines Narrativs über eine Transformation artikuliert. Ursachen werden so eher im Konsum, der Produktionsweise, der Nachfrage nach Energie oder der Atomenergie, u.a., ausgemacht, ohne dass die Funktionsweisen des Wirtschaftssystems oder die Erzählung von ‚Wachstum und Wohlstand‘ als Ganzes in Frage gestellt werden: „Wenn wir jetzt nicht handeln, wenn wir nicht auf erneuerbare Energien und bessere Energieeffizienz setzen, geht uns auf allen Kontinenten, aber auch gerade uns in Europa irgendwann im wahrsten Sinne des Wortes die Luft aus“ (SPD 28.05.2004: 10234). Globale Machtverhältnisse spielen in der Betrachtung der Ursachen des Klimawandels eine untergeordnete Rolle. Die Forderung nach einer Änderung der Konsum- und Produktionsweise wird daher auch in Bezug auf sogenannte Entwicklungsländer artikuliert. Diese dürfen nicht die Fehler der Industrieländer wiederholen, „denn das hält unser Globus nicht aus. Der Klimawandel würde sich dann noch weiter beschleunigen“ (SPD 28.05.2004: 10234).

Ab der 16. Legislaturperiode wird über das Katastrophenszenario des Klimawandels (gesellschaftliche Krisen, die mit dem Energiesystem verbundenen Ursachen

und Folgen des Klimawandels, etc.) in Zusammenhang mit der Notwendigkeit einer ökologischen Modernisierung und der Umstellung des Energiesektors auf erneuerbare Energien kaum noch debattiert. Das wurde bereits anhand der Ermangelung entsprechender Äquivalenzketten in Bedeutungszusammenhang zu „Energiewende“ im Rahmen des computerbasierten diskursanalytischen Verfahrens augenscheinlich und hat sich nun auch bei der qualitativen Verfeinerung der Diskursanalyse bestätigt.

Statt der Probleme im zu emissionsreichen wirtschaftlichen Energiesektor wird nun durch die jeweiligen Oppositionsfraktionen hauptsächlich die entsprechende Regierungspolitik als Gefahr für eine „Energiewende“ konstituiert, wobei ein Scheitern der „Energiewende“ selbst zur Schreckensverheißung wird (vgl. z.B. die Konstitution einer „Konterrevolution gegen die Energiewende“ (GRÜNE 01.06.2016: 16974)).

### Glücksverheißende Dimension

Die glücksverheißende Dimension des Narrativs der ‚ökologischen Modernisierung‘ ist in ihrer zeitlichen Verortung ambivalent. Einerseits wird eine zukünftig ökologischere Wirtschaftsweise verheißen: Wichtige Artikulationen in diesem Zusammenhang sind „nachhaltiges“ „wirtschaftliches Wachstum“, „technischer Fortschritt“, „Innovation“, „umweltbewusstes Verhalten“, „ressourcensparende“, „energiesparende und umweltschonende“ Produkte und Technologien sowie entsprechende „Produktionsverfahren“ als „Schlüssel für künftigen Wohlstand und für hohe Wettbewerbsfähigkeit“, „Verbilligung von Arbeit“ und dadurch Überwindung von Arbeitslosigkeit, Unabhängigkeit von Energieimporten, „massenhafter Einsatz“ von „unerschöpflichen“ erneuerbaren Energien – und dadurch auch verbesserte Chancen auf „internationalen Märkten“ -, neue „Exportmöglichkeiten“ sowie eine erneuerbare Energien – Branche, in der es „brummt“, etc. (z.B. Koalitionsvertrag 1998/2002, SPD/GRÜNE 25.11.1999, 25.02.2000, 14.12.2001, 28.05.2004). Die Verheißung beinhaltet demnach im Kern das Versprechen, eine Stärkung der Volkswirtschaft mit einer ökologischeren Wirtschaftsweise zu verbinden. Durch die Schaffung neuer Wirtschaftssektoren im Umweltbereich sollen Arbeitsplätze entstehen: „Umwelt schafft Arbeit“ (Koalitionsvertrag 2002: 37). Der Emissionshandel solle „Investitionen anreizen [...] und damit zu einer Jobmaschine“ werden (SPD 28.05.2004: 10250). Durch die erneuerbaren Energien gebe es ein Job- und ein „Gründungswunder“ (SPD 06.06.2008: 17730). Dabei bedient sich die glücksverheißende Dimension überwiegend der Story-Lines die erneuerbare Energien als Wirtschaftsfaktor konstituiert und eine Marktorientierung zur Bedingung der Energiepolitik macht.

Diese Verknüpfung von Ökologie und Ökonomie bewirkt andererseits, dass die im Rahmen der glücksverheißenden Dimension artikulierten Forderungen letztlich auf einen Erhalt der jetzigen Lebensumstände, des jetzigen Wohlstandes, gerichtet sind: „Lebensqualität und eine intakte Umwelt“ sollen „auch für unsere Kinder und Enkel“ bewahrt werden (Koalitionsvertrag 2002: 10).

Mit der ökologischen Modernisierung als Narrativ werden auch nationale Fantasien bedient. Deutschland könne eine weltweite Vorreiterrolle einnehmen, die international eine ökologischere Wirtschaftsweise befördere. Deutschland könne so Entwicklungszusammenarbeit mit Exportförderung verbinden (z.B. GRÜNE 28.05.2004: 10237f.). Der Einsatz erneuerbarer Energien verspreche „riesige Vorteile für Entwicklungsländer“ (SPD 28.05.2004: 10234). Er leiste „einen Beitrag zur Armutsbekämpfung, wirkt dem Klimawandel entgegen und macht alle Volkswirtschaften,

die der Industrie- und der Entwicklungsländer, unabhängiger vom Öl“ (SPD 28.05.2004: 10234). Auf diese Weise werden Umwelt- und Entwicklungsprobleme gleichzeitig gelöst (SPD 28.05.2004: 10241). Eingebunden in das Narrativ der ‚ökologischen Modernisierung‘ wird der Knotenpunkt ‚Deutschland‘ in einem hegemonialen Selbstverständnis selbst zur Verheißung einer glücklichen Zukunft erhoben. (Neo)koloniale Erzählmuster werden so im „Energiewende“-Diskurs fixiert, wie ich in Kapitel 6.4 zeige.

Auch über die Artikulation von Effizienz – sowohl in Bezug auf Kosten als auch in Bezug auf Energieeinsparung durch Technik – wird das zugrundeliegende Narrativ der ‚ökologischen Modernisierung‘ mit Bedeutung aufgeladen. Damit in Verbindung steht die Verheißung der Lösung von Umweltproblemen und größerer Umweltverträglichkeit durch technischen Fortschritt sowie einer kostengünstigen und -gerechten Energieversorgung, die gleichzeitig effizient und umweltverträglich sei sowie von „Ölpreiserhöhungen“ unabhängig mache (SPD 09.09.2004: 11244). Dadurch werde „gleiche[r] Lebenskomfort bei sinkendem Energieverbrauch“ möglich (SPD 02.07.2009: 25874). Erneuerbare Energien versprechen eine unendliche Ressourcenverfügbarkeit, die mehr oder weniger umsonst sei: „Denn die Sonne schickt uns keine Rechnung“ (GRÜNE 28.05.2004: 10245). „Dieser Überfluss schont unsere Umwelt, schafft Frieden und fördert Entwicklung und Sicherheit“ (SPD 25.08.2004: 10235). „Eine industrielle Technikrevolution für erneuerbare Energien gehört damit zu den Überlebensstrategien der Menschheit“ (GRÜNE 06.06.2008: 17737). Der technische Fortschritt taucht dabei als zentrales Motiv in gleich mehreren Äquivalenzbeziehungen auf, z.B. mit Energieeffizienz, ‚Deutschland als Vorreiter‘ oder mit Wachstum und Wohlstand. Die „Energiewende“ als „Modell der Zukunft“ wird dabei konkret dem „Atomausstieg“ als „Konzept der Vergangenheit“ gegenüber gestellt (GRÜNE 14.12.2001: 20724).

Innerhalb der Story-Line, welche eine Marktorientierung als Bedingung von Energiepolitik konstituiert, wird die Verheißung artikuliert, durch steuerndes Eingreifen gegenwärtige ökologische Herausforderungen zu lösen, ohne dabei grundlegende Veränderungen im Wirtschaftssystem und der Gesellschaftsordnung vorzunehmen. Die verfahrenspolitische Umsetzung orientiert sich in diesem Sinne am Setzen von Marktanreizen. So solle beispielsweise über eine durch die Ökosteuer als Steuerungsinstrument initiierte Preiserhöhung die Nachfrage nach Energie gesenkt werden, ohne dabei die energieintensive Industrie zu belasten (Koalitionsvertrag 1998: 12). Vor allem auch das diskursiv als ‚Markteinführungsprogramm‘ verortete EEG ist als solches Steuerungsinstrument mit dem politischen Ziel der Förderung erneuerbarer Energien angelegt: Es solle

„eine dynamische Entwicklung in Gang gesetzt [werden], die privates Kapital mobilisiert, die Nachfrage nach Anlagen zur Erzeugung von Strom aus erneuerbaren Energien steigert, den Einstieg in die Serienproduktion ermöglicht, zu sinkenden Preisen führt, die wirtschaftliche Konkurrenzfähigkeit erneuerbarer Energien verbessert und ihre stärkere Marktdurchdringung zur Folge hat“ (14/2776: 1).

„Fukushima“ verorte ich in Bezug auf das fantasmatische Narrativ der ‚ökologischen Modernisierung‘ nicht in der gefahrenverheißenden Dimension, da sich mit ihm nicht nur ein Katastrophenszenario verbindet, sondern auch die Einlösung der Verheißung

der ökologischen Modernisierung im Energiebereich: „Jetzt kann niemand mehr in Frage stellen, dass Deutschland die Energiewende will[...]. Jetzt geht es in Richtung Nachhaltigkeit“ (GRÜNE 30.06.2011: 13381). Nach „Fukushima“ erscheint die „Energiewende“ auf der politischen Verfahrensebene als vermeintlich durchgesetzt. Die begrifflichen Bedeutungskämpfe nehmen allerdings wie gezeigt rasant zu, wobei die glücksverheißende Dimension des Narrativs der ‚ökologischen Modernisierung‘ im Zuge dieser Kämpfe um Bedeutungsaufladung des „Energiewende“-Begriffs nur noch selten oder implizit artikuliert wird. Während die SPD in der 18. Legislaturperiode an der Regierung beteiligt ist, konzentrieren sich die GRÜNEN auf die Kritik an der Regierungspolitik, die die „Energiewende“ zunichtemache – ohne jedoch ein grundsätzliches Gegenprogramm, eine ‚andere Utopie‘ oder eine Alternative zu präsentieren, die über technokratisch-managementorientierte<sup>78</sup> Differenzen hinausgeht und mit grundsätzlich alternativen Glücksversprechen verbunden ist.

### Implizit geteilte Annahmen und Klassifizierung

Den mit dem Narrativ der ‚ökologischen Modernisierung‘ verbundenen Artikulationsmustern liegen implizit geteilte Annahmen über Modernisierung, Klimaschutz, den Markt, Wachstum, Wohlstand, Wettbewerb, technologischen Fortschritt, Effizienz etc. zu Grunde. Diese sind aus Sicht derjenigen politischen Akteur\*innen, die sie auf Artikulationsebene in die Bedeutungsaufladung von „Energiewende“ einbringen, größtenteils positiv konnotiert und bilden die ideellen Grundlagen ihrer politischen Praxis in Bezug auf ökologische Modernisierung ab. Die Referenz auf die damit verbundenen Konzepte erfolgt meist implizit, d.h. die zugrundeliegende politische Positionierung wird nicht explizit artikuliert. Auf diese Weise wird bewusst oder unbewusst deren nicht-Naturgegebenheit verdeckt und ihr hegemonialer Anspruch reproduziert. So resultiert bspw. aus der Referenz auf die Wettbewerbslogik das ebenso unhinterfragte Ziel auf dem „Weltmarkt“ „auch auf diesem Feld [der erneuerbaren Energien] in Zukunft eine Spitzenposition ein[zu]nehmen“ (SPD 25.02.2000: 8428). Die Ausrichtung der politischen Praxis auf diese Maxime des Wettbewerbs und die Dominanz des Marktes gegenüber politischen Entscheidungsprozessen erscheinen so quasi-natürlich.

Es wird somit deutlich, dass die mit dem Narrativ ‚ökologische Modernisierung‘ verbundenen Story-Lines auf den Erhalt marktorientierter ökonomischer Strukturen abzielen, indem Narrative oder diskursive Muster über ‚Wachstum und Wohlstand‘, die Marktorientierung als Voraussetzung von „Energiewende“ oder die Bedeutung von Technik naturalisiert werden. Die ökonomischen Strukturen sollen durch Gesetzesreformen lediglich ökologischer ausgerichtet werden – die politischen Praktiken bewegen sich dabei in einem teilweise durch Ambivalenzen geprägten Spannungsfeld zwischen Marktorientierung und gesetzlich initiierten Markteingriffen. Augenscheinlich wird im Zuge der vorliegenden Diskursanalyse die Einbindung einer nationalen komplexitätsreduzierende Erzählung von ‚Deutschland als Vorreiter‘ in den

78 Als technokratisch-managementorientiert werden im Folgenden politische Praktiken bezeichnet, die sich auf Grundlage technokratischer Wertvorstellungen auf eine technologische und ökonomische Steuerung innerhalb gegebener, bzw. idealisierter marktwirtschaftlicher Strukturen beschränken.

„Energiewende“-Diskurs. Methodisch hat sich dabei vor allem die Vorarbeit durch die computerbasierte Datenanalyse bewährt, welche das quantitative Ausmaß der mit der Story-Line in Verbindung stehenden Artikulationen aufgezeigt und so erst für die qualitative Analyse in den Fokus gerückt hat. Sowohl in der quantitativen Erhebung als auch in der qualitativen Analyse hat sich außerdem bestätigt, dass soziale und ökonomische Verhältnisse (außer der ökonomischen Thematisierung von Arbeitsplätzen), globale Machtverhältnisse oder gesellschaftliche Naturverhältnisse eher selten adressiert und so dem ‚Außen‘ ökologischer Modernisierung zugewiesen werden.

Politische Praktiken, die sich im Kontext des Narrativs der ‚ökologischen Modernisierung‘ zeigen, können in Anlehnung an Glynos/Howarth (2007) als reformistisch klassifiziert werden; zwar wird verfahrenspolitisch eine Änderung politischer Praktiken angestrebt, die zentralen Gefahren werden aber nicht oder nur teilweise intern, also im Wirtschafts- oder Gesellschaftssystem, verortet. Aufgrund der quasi-natürlichen Konstruktion der Markt- und der Wettbewerbslogik, des Wohlstandsmodells sowie von Fortschritt, verweist das Narrativ in seiner glücksverheißenden Dimension bezüglich der ökonomischen Verhältnisse sogar auf eine eher beharrnde Wirkung. Mit den artikulierten Forderungen wird keine langfristige Zukunftsperspektive eröffnet und sie zielen weitestgehend auf Erhalt des Status Quo, bspw. bezüglich des Wohlstands, ab.

### 5.3.2 Marktwirtschaftliche Energiepolitik

#### Entwicklung des Narrativs

In der 14. und 15. Legislaturperiode bildet sich eine konservativ-liberale Diskurskoalition aus CDU, CSU und FDP heraus, die für ‚mehr Marktwirtschaft‘ in der Energiepolitik argumentiert und die rot-grüne Politik als Gefahr für eben diese konstituiert. Mit Beginn der großen Koalition der 16. Legislaturperiode verschwimmen die Grenzen dieser Diskurskoalition mit der rot-grünen Diskurskoalition zunehmend. Die CDU und die CSU plädieren zwar weiterhin für eine marktwirtschaftliche Energiepolitik, grenzen sich dabei aber von der FDP ab, bspw. indem sie sich positiv auf das EEG beziehen. Diese Entwicklung wurde bereits in der Analyse der Story-Lines aufgezeigt. Gleiches gilt für die Annäherung der Artikulationsmuster von SPD und CDU/CSU während der 16. Legislaturperiode. Beide Fraktionen artikulieren nun Motive des fantasmatischen Narrativs ‚ökologische Modernisierung‘, während gleichzeitig eine marktwirtschaftliche Einordnung an Stellenwert gewinnt. Die Orientierung an Marktwirtschaftlichkeit im Rahmen von Energiepolitik tritt in der 17. Legislaturperiode unter der schwarz-gelben Koalition noch weiter hervor. Nach „Fukushima“ verschwimmen die Differenzen zwischen den fantasmatischen Narrativen ‚ökologische Modernisierung‘ und ‚marktwirtschaftliche Energiepolitik‘ zunehmend.

#### Hindernisse/Gefahren und schreckensverheißende Dimension

Im Gegensatz zum fantasmatischen Narrativ der ‚ökologischen Modernisierung‘ spielen der Klimawandel samt seiner Ursachen und Folgen für die schreckensverheißende Dimension im Narrativ der ‚marktwirtschaftlichen Energiepolitik‘ größtenteils

keine Rolle und werden nicht artikuliert. Vor allem noch in der 14. und 15. Legislaturperiode wird der politische Klimaschutz und die mit ihm in Zusammenhang gebrachte rot-grüne Energiepolitik durch die konservativ-liberale Opposition (CDU, CSU, FDP) als Hindernis bzw. Gefahr für eine erfolgreiche deutsche Wirtschaftspolitik stilisiert: So wird das Verhältnis der CO<sub>2</sub>-Einsparmöglichkeiten Deutschlands gegenüber dem „Zuwachs an CO<sub>2</sub>-Emissionen“ „in den Vereinigten Staaten, in Russland oder auch in China“ kritisch hinterfragt und so nationale Klimaschutzpolitik sowie damit zusammenhängend die eigene Verantwortung im Hinblick auf den Klimawandel generell in Frage gestellt (CDU 28.05.2004: 10247). Der Atomausstieg gefährde die wirtschaftliche Entwicklung und die Wettbewerbsfähigkeit, die Preise steigen, Arbeitsplätze fallen weg, Forschung und Technik werden reduziert (CDU 25.11.1999: 6657, 14.12.2001: 20725). Dass Deutschland durch den Atomausstieg wieder mehr auf fossile Energieträger aus dem Ausland angewiesen sei, führe zu großen Problemen (FDP 09.09.2004: 11229).

Das fantasmatische Narrativ der ‚marktwirtschaftlichen Energiepolitik‘ zielt somit auf eine Gefahr ab, die zwar durchaus die Ausrichtung der Energiepolitik betrifft, dennoch aber extern, in einer ‚Ideologie‘ der staatlichen Eingriffe und Regulierungen verortet wird: Wenn erneuerbare Energien vom „Marktgeschehen“ abgekoppelt und sich nicht dem „Wettbewerb“ stellen, werde die Energieversorgung zu teuer (z.B. CDU 25.02.2000: 8430). Die rot-grüne Bundesregierung richte durch ihr Vorgehen bei Gesetzesinitiativen ein „beispielloses Chaos“ an (FDP 28.05.2004: 10239). Durch ihren „Dirigismus“ verursache sie „einen hohen Finanzaufwand“ (FDP 09.09.2004: 11258). Auch die Energiepolitik der LINKEN wird in diesem Zusammenhang als Schreckensszenario für die wirtschaftliche Entwicklung und die Versorgungssicherheit konstituiert, immer wieder wird sie direkt oder indirekt zu einer rückwärts gewandten, ‚sozialistischen‘ Bedrohung stilisiert: Ihnen wäre es am liebsten, wenn der „Stromverbrauch staatlich regulier[t]“ würde, wenn „das Rad der Geschichte zurück[ge]dreh[t]“ würde“, entweder direkt oder indirekt wollen sie die „Verstaatlichung“ (CDU 02.07.2009: 25871), im schlimmsten Fall führe diese „ineffiziente Basarökonomie“ „zum Zusammenbruch der Stromversorgung“ (FDP 02.07.2009: 25875). „Wir wollen keine Situation wie in der DDR!<sup>79</sup>“ (CDU 24.03.2011: 11284). Eine Politik, wie sie von der LINKEN gefordert werde, vernichte Arbeitsplätze: „Sie machen doch ernsthaft keine Industriepolitik. Sie möchten doch genau ein Modell haben, bei dem es ausschließlich darum geht, ein Volk von Hartz-IV-Empfängern zu produzieren, von Menschen, die der Staat zu versorgen hat<sup>80</sup>“ (FDP 29.03.2012: 20291).

Marktwirtschaftliche Zielsetzungen werden in einen Widerspruch zu umweltpolitischen Zielsetzungen und damit auch vor allem zur Politik der GRÜNEN artikuliert. Der Niedergang des Industriestandortes Deutschland wird als Katastrophenszenario entworfen. Die rot-grüne Regierungskoalition habe „das Kyoto-Protokoll zum Vorwand für eine Politik genommen, die den Industriestandort Deutschland stark gefähr-

79 Bei dem Zitat handelt es sich um einen Zwischenruf von Volker Kauder (CDU) zur Forderung der LINKEN nach „Fukushima“ die Energieversorgung zu dezentralisieren und kommunalisieren.

80 Das Zitat bezieht sich auf die Forderungen der Linken zur Rettung der Solarindustrie 2012.

det“ (CDU 28.05.2004: 10250). Das sei auch eine Entscheidung „gegen Arbeitsplätze“ (CDU 28.05.2004: 10253). Um „[i]hr einseitiges umweltpolitisches Ziel“ zu erreichen, würde die Bundesregierung den Schaden der Industrie absichtlich in Kauf nehmen: „Wir hatten bei Ihnen gelegentlich durchaus den Eindruck, dass die Vorstellung für Sie nicht unangenehm wäre, wenn es in Deutschland bestimmte Industriezweige nicht mehr geben würde“ (CDU 28.05.2004: 10236).

In der 16. Legislaturperiode verändern sich im Zuge einer Annäherung zwischen SPD, CDU und CSU die Artikulationsmuster des Narrativs ‚marktwirtschaftliche Energiepolitik‘, wodurch das Katastrophenszenario nur noch in abgeschwächter Form artikuliert wird. So beziehen CDU und CSU nun stärker auch die Folgekosten des Klimawandels als Gefahr für die Wirtschaft (z.B.: CDU 06.06.2008: 17741) in die schreckensverheißende Dimension des Narrativs mit ein und rechtfertigen damit ihre nun positive Haltung zum EEG. Andererseits verbinden sie erneuerbare Energien weiterhin mit der Gefahr einer mangelnden Versorgungssicherheit (CDU 02.07.2009: 25699). Auch die FDP sieht in den erneuerbaren Energien weiterhin eine Gefahr für die Versorgungssicherheit (FDP 02.07.2009: 25875) und somit für den Industriestandort Deutschland. Gleichzeitig grenzen sich CDU, CSU und FDP hinsichtlich der Gefahrenanalyse nun voneinander ab, denn die FDP sieht das Hindernis vor allem im „größten Preistreiber“, dem Staat, den sie mit „Wettbewerb“ kontrastiert (FDP 02.07.2009: 25876). Sie kritisiert, die Bundesregierung habe mit dem EE WärmeG keinen „Markt für die erneuerbare Energien im Wärmebereich“ geschaffen, sondern übe „Zwang und Kontrolle über die Bürger aus“ (FDP 06.06.2008: 17731). Die CDU verbindet das EEG nun nicht mehr direkt mit ‚Planwirtschaft‘ und ‚Sozialismus‘, stellt die Marktwirtschaft aber weiterhin einer sozialistischen Bedrohung gegenüber: „Der Spruch ‚Freiheit statt Sozialismus!‘ stimmt trotzdem!“ (CDU 06.06.2009: 17740).

Mit Beginn der 17. Legislaturperiode bindet auch die an der Regierung beteiligte FDP die Notwendigkeit eines Umbaus der „heutigen Energieversorgungsstrukturen“ in ihre Artikulationsmuster mit ein – allerdings in Zusammenhang mit der Verlängerung der Laufzeiten der Atomenergie als „Brückentechnologie“ (17/3049: 2). Die Notwendigkeit dieses Umbaus leite die Koalition vor allem aus der „weltweit steigende[n] Energienachfrage“, die zu „steigenden Energiepreisen“ führe, während gleichzeitig „die Abhängigkeit [...] von Energieimporten“ steige, ab (17/3049: 2). ‚Klimaschutz‘ als Motiv wird nun endgültig in das Narrativ ‚marktwirtschaftlicher Energiepolitik‘ integriert und wird als „zentrale Voraussetzungen“ gesehen, „dass Deutschland auch langfristig ein wettbewerbsfähiger Industriestandort bleibt“ (17/3049: 2). Politische Maßnahmen, die auf Klimaschutz abzielen, werden somit nicht mehr überwiegend als Gefahr gekennzeichnet, sondern artikuliert in die Wettbewerbslogik einer ‚marktwirtschaftlichen Energiepolitik‘ eingebunden, wobei ökologische und gesellschaftliche Bereiche den ökonomischen Zielsetzungen untergeordnet werden.

Die marktwirtschaftliche Einbindung als oberste Maxime erfolgreicher Energiepolitik ändert sich auch nach „Fukushima“ nicht. CDU, CSU und FDP passen zwar ihre Artikulationsmuster bezüglich der Atomenergie an und befürworten nun eine „Energiewende“, die als notwendig akzeptiert wird. Dennoch wird weiterhin ein Verlust der wirtschaftlichen Stabilität durch die „Energiewende“ als Katastrophenszenario aufrechterhalten. Der Fokus des Narrativs ‚marktwirtschaftlicher Energiepolitik‘

wird in der schreckensverheißenden Dimension so bereits kurz nach „Fukushima“ erneut auf die Risiken einer „Energiewende“ gerichtet, anstatt auf die Risiken der konventionellen Energieerzeugung (Klimawandel, atomare Unfälle) hinzuweisen:

„Alle, die zweifeln, wie wir als großes Industrieland in zehn Jahren ohne Kernenergie auskommen wollen, ohne gleichzeitig die Klimaschutzziele zu riskieren, ohne Arbeitsplätze in der energieintensiven Industrie zu gefährden, ohne das Steigen der Strompreise in das sozial nicht mehr Erträgliche in Kauf zu nehmen, ohne gefährliche Stromausfälle zu provozieren, ohne dass andere Länder um uns herum denselben Weg einschlagen, alle, die solche Fragen stellen, sind keine Ideologen, keine Ewiggestrigen, keine Spinner, denn sie stellen wichtige Fragen“ (Angela Merkel 09.06.2011: 12963).

Als Hindernis für eine erfolgreiche Energiepolitik wird nun erneut die rot-grüne Vorgängerregierung herangezogen. Diese habe die Probleme, „die das Erreichen einer vernünftigen Energieversorgung nach sich zieht“ (FDP 30.06.2011: 13396) nicht angegangen. „Ökologie und Ökonomie“ seien „in der Vergangenheit gegeneinander aus[gespielt]“ worden (CDU 30.06.2011: 13403), was aus dieser Perspektive ein als natürlich erachtetes Primat des Ökonomischen vor dem Ökologischen impliziert, verbunden mit der Annahme, die Priorisierung unter rot-grün sei eine gegensätzliche gewesen. In der Bewertung des Hindernisses für eine erfolgreiche „Energiewende“ ist somit am sichtbarsten eine Differenz zwischen den beiden Narrativen ‚ökologische Modernisierung‘ und ‚marktwirtschaftliche Energiewende‘ auszumachen. Während im Rahmen der ‚ökologischen Modernisierung‘ Gefahren zumindest in Teilen – wenn auch nicht überwiegend – intern, also in der Struktur des Energiesektors, verortet werden, so erscheinen sie im Rahmen ‚marktwirtschaftlicher Energiepolitik‘ rein extern in Form des Schreckgespenstes der staatlichen Regulierung.

Entsprechend ist auch das Katastrophenszenario ein anderes. Im Narrativ der ‚marktwirtschaftlichen Energiepolitik‘ bleiben bei den Artikulationen im Rahmen der schreckensverheißenden Dimension die Folgen des Klimawandels außen vor. Stattdessen dient das Katastrophenszenario der ‚Deindustrialisierung‘ als Rechtfertigung einer wirtschaftsorientierten Politik, bspw. zur Befreiung der energieintensiven Unternehmen von der EEG-Umlage oder der Kürzung der Solarförderung im EEG 2012. So seien in der energieintensiven Industrie „[h]underttausende von Arbeitsplätzen“ durch einen drohenden Anstieg der Strompreise gefährdet (CSU 09.06.2011: 12973). Es drohe die „Verlagerung“ dieser Betriebe sowie die Einschränkung derer Wettbewerbsfähigkeit in einem „schleichenden Prozess“ (CDU 29.03.2012: 20281). „[W]ir wollen den Umbau der Energieversorgung[...]. Wir wollen aber eines nicht: die Industrie aus diesem Land treiben und damit Zigtausende Arbeitsplätze aufs Spiel setzen“ (CDU 29.03.2012: 20282). Auch die FDP bedient immer wieder das Katastrophenszenario der „Deindustrialisierung“: „Ich sage ganz klar: Was die FDP, aber auch die Koalition hier im Deutschen Bundestag nicht mitmachen werden, ist eine Politik der Deindustrialisierung“ (FDP 29.03.2012: 20284).

Auch die SPD artikuliert in der 18. Legislaturperiode verstärkt innerhalb der Gefahrendimension des marktwirtschaftlichen Narrativs. Konstituierte die SPD noch in der 17. Legislaturperiode zu umfangreiche Befreiungen der energieintensiven Industrie von der EEG-Umlage als Gefahr für die „Energiewende“, so argumentiert sie nun: Bereits heute gingen „die Investitionen in energieintensiven Branchen deutlich zu-

rück[...] und [...] Arbeitsplätze verl[oren]“ (SPD 27.06.2014: 3933). Dabei greift auch sie auf das Bedrohungsszenario einer „Deindustrialisierung“ zurück: „Diese Koalition und dieser Minister lassen Deindustrialisierung in Deutschland nicht zu“ (SPD 27.06.2014: 3939f.). Eine Abschaffung der Subventionen der energieintensiven Industrie bedrohe den Export und die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen „Industrialien“ (SPD 27.06.2014: 3995). Der Katastrophenhorizont wird zudem durch die Artikulation des fehlenden Netzausbaus erweitert. In diesem Zusammenhang wird nun der Knotenpunkt „Ausbaukorridor“ verwendet, der einen zu schnellen Ausbau und eine damit verbundene „Kostenexplosion“ verhindern soll (z.B.: SPD 10.04.2014: 2433; Koalitionsvertrag 2013: 38). Die „Energiewende“ wird im Zusammenhang mit einer marktwirtschaftlichen Einordnung somit überwiegend als Ausgangspunkt für das Katastrophenszenario der ‚Deindustrialisierung‘ betrachtet, während die im Narrativ der ‚ökologischen Modernisierung‘ artikulierten Ursachen ihrer Notwendigkeit im Rahmen einer schreckensverheißenden Dimension im Narrativ ‚marktwirtschaftlicher Energiepolitik‘ nicht vorkommen.

### Glücksverheißende Dimension

Ein erfolgsversprechender und glücksverheißender Weg zum Ausbau erneuerbarer Energien wird von CDU/CSU und FDP bereits ab der 14. und 15. Legislaturperiode marktwirtschaftlich verortet. „Marktwirtschaft“ bedeute „Effizienz“ und „Kostensenkung“ (FDP 25.02.2000: 8443). Wenn die erneuerbaren Energien nach den Regeln des Marktes organisiert werden, könne es eine Zukunftstechnologie werden (CSU 25.02.2000: 8440). Die glücksverheißende Dimension wird dabei unter der Voraussetzung einer effizienten Ressourcenallokation eröffnet. Es sei demzufolge sinnvoller, Sonnenenergie in Entwicklungsländern zu fördern, da erneuerbare Energien dort effizienter eingesetzt werden könnten (CSU 25.02.2000: 8440), so können Technologietransfer und „Exportoffensive für erneuerbare Energien aus Deutschland“ verbunden werden (FDP 28.05.2004: 10238). Dieser Fokus auf die Verbindung von Energieaußenpolitik, Entwicklungspolitik und Wirtschaftsförderung als glücksverheißende Perspektive verfestigt sich in der 16. Legislaturperiode.

Die Atomenergie wird dabei zunächst als Teil der glücksverheißenden Dimension marktwirtschaftlicher Energiepolitik betrachtet. Durch „technischen Fortschritt“ sollen die Sicherheitsprobleme der Atomenergie gelöst werden und die Transmutation/Kernfusion gelingen (FDP 14.12.2001: 20715). Gleichzeitig diene Atomenergie dem Klimaschutz, weshalb der „Energimix nach wie vor die Kernenergie mit einschließen wird“ (CDU 28.05.2004: 10237). Auch in der 16. Legislaturperiode bleiben CDU, CSU und FDP bei dieser Argumentation und grenzen sich dadurch von der SPD ab.

Im Zuge des Wandels der Artikulationsmuster der CDU/CSU in der 16. Legislaturperiode wird das EEG in die glücksverheißende Dimension marktwirtschaftlicher Energiepolitik integriert. Dies gelingt, indem das EEG zum Bestandteil der ‚Sozialen Marktwirtschaft‘ erklärt wird, die analog zu anderen politischen Diskursen in Kontrast zu ‚Sozialismus‘ konstruiert wird, und wirtschaftliche und soziale Versprechen miteinander verbindet:

„Die Union hat den Wettbewerb im Blick und wird ihn weiter stärken. Wir sind die Partei der sozialen Marktwirtschaft [...]. CDU und CSU lehnen die sozialistische Lenkung der Energie-

wirtschaft und andere Formen des Kollektivismus ab. Darum haben wir auch begonnen, den Energiemarkt in Deutschland so zu formen, dass auch auf ihm die soziale Marktwirtschaft gilt. Nur so ist eine konkurrenzfähige und sozialverträgliche Energieversorgung auf Dauer zu erreichen“ (CDU 02.07.2009: 25872f.).

In der 16. Legislaturperiode wird darüber hinaus das Motiv der ‚Nachhaltigkeit‘ in den „Energiewende“-Diskurs eingeführt. Statt einer ‚ökologischen Modernisierung‘, die mit der rot-grünen Bundesregierung verbunden wird, artikulieren CDU/CSU und SPD im Koalitionsvertrag 2005 nachhaltiges Wirtschaften als gemeinsame Zielsetzung. Nachhaltigkeit solle „zum Motor“ für „die weltweite Vermarktung von Zukunftstechnologien“ und die „Erhöhung der Energie- und Ressourcenproduktivität und damit der Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Volkswirtschaft“ werden (Koalitionsvertrag 2005: 17f.). Auch im Zusammenhang mit dem Narrativ einer ‚marktwirtschaftlichen Energiepolitik‘ tritt also wieder das Motiv der ‚Vorreiterrolle‘ verbunden mit nationalen Standortvorteilen zum Vorschein. Der Ausbau erneuerbarer Energien und die Erhöhung der Effizienz „im Rahmen eines breiten Energiemix“ solle die Wettbewerbsfähigkeit stärken, Energiepreise senken, Unternehmen und Verbraucher\*innen entlasten und gleichzeitig zum „Schutz der Erdatmosphäre und der Umwelt“ beitragen (Koalitionsvertrag 2005: 65). Die Grenzen zur glücksverheißenden Dimension ‚ökologischer Modernisierung‘ verschwimmen hier, da in beiden Narrativen auf dieselben Story-Lines zurückgegriffen wird.

Dieser Trend verstärkt sich in der 17. und 18. Legislaturperiode insbesondere in Bezug auf die glücksverheißende Dimension weiter. In der schwarz-gelben Koalition der 17. Legislaturperiode verheißt die Atomenergie als „Brückentechnologie“ den „Weg ins regenerative Zeitalter“ (17/3049). Atomenergie wird so als Teil des „Umbaus der Energieversorgungsstrukturen“ (17/3049) zu erneuerbaren Energien gedacht. Dabei wird teilweise die Glücksverheißung des Narrativs der ‚ökologischen Modernisierung‘ artikuliert: „Wir wollen den Wettbewerb und eine marktwirtschaftliche Orientierung auf den Energiemärkten stärken. Damit sichern wir nachhaltige wirtschaftliche Prosperität, zukunftsfeste Arbeitsplätze, Innovationen und die Modernisierung unseres Landes“ (17/3049: 2). Das EEG wird als Erfüllung dieser marktwirtschaftlich orientierten Verheißung betrachtet, denn es habe „massives Wachstum in allen Bereichen der erneuerbaren Energien erzeugt“, die sich zu „einem Treiber für Innovation und die Modernisierung der Energieinfrastruktur“ entwickeln (17/3049: 4). Im Koalitionsvertrag und im Energiekonzept ist von einer „ideologiefreie[n], technologieoffene[n] und marktorientierte[n] Energiepolitik“ die Rede (17/3049: 2; Koalitionsvertrag 2009: 26). Dabei wird „ideologiefrei“ mit „marktorientiert“ und „technologieoffen“ äquivalenziert, wobei ‚technologieoffen‘ implizit auf die Kernenergie verweist.

Als zentrales Element marktwirtschaftlich orientierter Bedeutungsgenerierung von Energiepolitik wird im Koalitionsvertrag die ‚wirtschaftliche Vernunft‘ artikuliert: Für eine „wirtschaftlich vernünftig[e]“ Gestaltung sei noch „zeitlich befristet die Kernenergie“ notwendig (17/3050: 8). Die ‚Befähigung‘ zur wirtschaftlichen Vernunft ist als Element zu betrachten, das sich die schwarz-gelbe Regierungskoalition identitätsstiftend in Abgrenzung zur Opposition selbst zuschreibt. Dieses Selbstverständnis wird zur Legitimierung der Durchsetzung eigener politischer Forderungen herangezogen. Gleichzeitig erfolgt die einseitige Artikulation eines vermeintlichen

Konsenses in Bezug auf energiepolitische Ziele: Die „wirtschaftliche Vernunft“, durch die sich „die FDP und die Union“ von der Opposition unterscheidet, befähigt diese zur „Erreichung der ökologischen Ziele, die wir gemeinsam haben“ (FDP 28.10.2010: 7187). Hier zeigt sich die entpolitisierende Wirkung des Narrativs durch die versuchte Naturalisierung dieser spezifischen Sichtweise als ‚ideologiefrei‘ deutlich. Gleichzeitig wird die Grundlage für die hegemoniale kurze Zeit später stattfindende Aneignung von „Energiewende“ in das Narrativ ‚marktwirtschaftlicher Energiepolitik‘ durch diese artikulatorische Praxis gelegt.

Dass die Forderung nach erneuerbaren Energien sowohl den hegemonialen als auch den gegen-hegemonialen Diskursraum tangiert wurde bereits in Kapitel 5.1.3 erläutert und wird hier bei der Verschmelzung der Narrative um ‚ökologische Modernisierung‘ und ‚marktwirtschaftlicher Energiepolitik‘ in ihrer glücksverheißenden Dimension deutlich. Diese wird im Diskurs nach „Fukushima“ nahezu vollendet, in dem die Regierungskoalition den Ausstieg aus der Kernenergie als Forderung in ihr Artikulationsmuster rund um eine marktwirtschaftlich organisierte „Energiewende“ integriert. Der Ausstieg aus der Kernenergie wird als „Chance“ für die deutsche Wirtschaft interpretiert und somit Teil der Glücksverheißung ‚marktwirtschaftlicher Energiepolitik‘ (FDP 09.06.2011: 12968). Die Energiepolitik wird zum wirtschaftlichen „Modernisierungsprogramm“ erklärt (FDP 09.06.2011: 12986). Sie wird gleichzeitig mit dem Versprechen einer deutschen Vorreiterrolle und der Stärkung von Deutschland als ‚Exportnation‘ verknüpft, einem Motiv, das genauso dem Narrativ ‚ökologischer Modernisierung‘ zugrunde liegt. Bei der Bedeutungsgenerierung von „Energiewende“ stehen marktwirtschaftliche Versprechen noch weiter im Vordergrund: „Dieser Einstieg wird in erheblichem Maße anlagensuchendes Kapital nach Deutschland ziehen. Das ist ein neues Konjunkturprogramm, und zwar ein marktwirtschaftliches“ (FDP 09.06.2011: 12976). Der Erfolg der erneuerbaren Energien und der „Energiewende“ wird an die Bedingung der marktwirtschaftlichen Ausrichtung geknüpft, weshalb „das Erneuerbare-Energien-Gesetz nach und nach zu einem Marktordnungsgesetz“ zu machen sei (CDU 29.02.2012: 2306). Ziel sei es „Wachstum so zu organisieren, dass wir nicht die Lebensgrundlagen der nächsten Generationen aufzehren“ (CDU 30.06.2011: 13370).

Auch in der 18. Legislaturperiode steht weiterhin die Artikulation von „Energiewende“ als wirtschaftliches Modernisierungsprogramm, das ökologische mit ökonomischen Zielen vereinbar mache, im Mittelpunkt. Die glücksverheißenden Dimensionen ‚ökologischer Modernisierung‘ und ‚marktwirtschaftlicher Energiepolitik‘ sind nun weitgehend identisch und werden in ihrer Artikulation nun auch von der SPD mitgetragen. „Sie [die Energiewende] schützt Umwelt und Klima, macht uns unabhängiger von Importen, sichert Arbeitsplätze und Wertschöpfung in Deutschland.“ (Koalitionsvertrag 2013: 36). Ziel der Politik sei „die Dekarbonisierung der deutschen Wirtschaft und der deutschen Energieversorgung voranzutreiben und 80 Prozent CO<sub>2</sub>-Emissionen bis 2050 einzusparen“ (CDU 27.06.2014: 3941). Auch in der 18. Legislaturperiode liegt der Fokus weiter auf der marktwirtschaftlichen Organisation sowie auf technischem Fortschritt (vgl. z.B. SPD 01.06.2016: 16989), während über die ökologische Dimension aber kaum mehr gesprochen wird.

Ein zentrales Diskurselement sind die Novellierungen des EEG 2014 und 2016/2017, die u.a. durch das Ausschreibungsdesign zu „mehr Markt und mehr Wettbewerb“ (CDU 27.06.2014: 3935) führen sollen. Das EEG habe sich damit in einer

„vernünftigen Weise [...]“ (CDU 27.06.2014: 3935) verändert, die „Energiewende“ werde „wieder auf ein festes Fundament“ gestellt (SPD 27.06.2014: 3932), es gehe auch darum „vernünftige wirtschaftliche Strukturen“ zu erhalten (SPD 01.06.2016: 16978). Auch hier wird auf das Element der ‚Vernunft‘ zurückgegriffen, um marktwirtschaftliche Instrumente zur Deregulierung im Bereich der erneuerbaren Energien zu rechtfertigen und zu ihrer Naturalisierung beizutragen. Die marktwirtschaftliche Orientierung der „Energiewende“ wird mit zahlreichen Glücksverheißungen aufgeladen, wie zum Beispiel „Ausbaukorridore“ für erneuerbare Energien verbunden mit „Planungs- und Versorgungssicherheit“ (SPD 10.04.2014: 2433) sowie „Berechenbarkeit“ (SPD 27.06.2014: 3932). Diese werden unter anderem mit Artikulationen wie „Kostenexplosionen“ (SPD 10.04.2014: 2433) und „Überföderung“ (SPD 27.04.2014: 3932) in Differenz zur bisherigen – als weniger marktwirtschaftlich markierten – Energiepolitik positioniert. Die vormals mit der „Energiewende“ verbundene Forderung nach Klimaschutz gerät in diesen Debatten in den Hintergrund. Sie wird nur noch indirekt als Ergebnis einer industrie- und marktorientierte Politik artikuliert: Um „Klimaschutz, Sicherung von Arbeitsplätzen und wirtschaftliche[n] Erfolg“ vereinbar zu machen, sei „die energieintensive Industrie vor einer steigenden EEG-Umlage zu schützen“ (SPD 27.06.2014: 3932). Das Ende der „Zeit der Technologieföderung“ erneuerbarer Energien (SPD 27.04.2014: 3932) wird dadurch in der glücksverheißenden Dimension ‚marktwirtschaftlicher Energiepolitik‘ verortet. Deren hegemonialer Status innerhalb des „Energiewende“-Diskurses wird weiter gefestigt, in dem Forderungen nach mehr Marktwirtschaft immer wieder naturalisiert werden, so wie von der CDU gegen Ende der Legislaturperiode: Dass die „Euphorie“ für die „Energiewende“ „verflogen“ sei und die „Deutschen“ „ein nüchterneres Verhältnis zu den erneuerbaren Energien entwickelt“ haben, wertet sie als Erfolg. Es gehe den Menschen jetzt darum, die „finanziellen Vorteile“ zu nutzen und um „Unabhängigkeit durch die Eigenversorgung. Für die deutsche Volkswirtschaft wird sich das auszahlen“ (CDU 29.06.2017: 24992). Diese Naturalisierung soll durch die Konstruktion einer nationalen Identität in Bezug auf die „Energiewende“ weiter gefestigt werden.

### **Implizit geteilte Annahmen und Klassifizierung**

Den mit dem fantasmatischen Narrativ der marktwirtschaftlichen Energiepolitik in Verbindung stehenden Artikulationsmustern liegen implizit geteilte und positiv konnotierte Annahmen über Marktwirtschaft, Vernunft, Wachstum, Wohlstand, Wettbewerb, technologischen Fortschritt, Effizienz etc. zu Grunde, die die politischen Praktiken prägen und als quasi-naturgegeben vorausgesetzt werden. Es zeigt sich dabei eine starke Überschneidung in den Artikulationsmustern von ‚ökologischer Modernisierung‘ und ‚marktwirtschaftlicher Energiepolitik‘, die sich wie gezeigt im zeitlichen Verlauf nahezu vereinheitlicht haben. Unterschiede gibt es am ehesten noch in der schreckensverheißenden Dimension der beiden Narrative. Während im Narrativ der ‚ökologischen Modernisierung‘ zumindest in ihren Ursprüngen noch die unmittelbaren Ursachen und Folgen von Klimawandel artikuliert werden, so wird in der Perspektive des marktwirtschaftlichen Narrativs das Katastrophenszenario von der Angst vor Deindustrialisierung bestimmt.

Leichte Differenzen zwischen den beiden fantasmatischen Narrativen sind auch in ihrer Beschreibung der Gefahren und Hindernisse für eine gelungene Energiepoli-

tik auszumachen. Unter dem Narrativ ‚ökologischer Modernisierung‘ wird u.a. auch eine zu ressourcenintensive Produktionsweise in den Blick genommen. Im Narrativ ‚marktwirtschaftlicher Energiepolitik‘ wird eine von Sozialismus oder Ideologie geleitete Politik – im Gegensatz zur positiven Konnotation von Marktwirtschaft werden die Begriffe negativ besetzt – zur Hauptgefahr erklärt. Eine marktwirtschaftliche Ausrichtung wird zur Grundlage und zum Ziel jeglicher politischer Praxis stilisiert. Durch die Konstituierung als ideologiefrei und vernünftig erscheint Marktwirtschaft als alternativlos. Ökologische und soziale Aspekte von Energiepolitik werden abgesehen vom Arbeitsplatz-Argument außen vor gelassen. Die Gefahr wird eher extern, in einer ‚Ideologie‘ der staatlichen Regulierung gesehen. Der zeitliche Bezug des Narrativs reduziert sich durch den Fokus auf die Ökonomie überwiegend auf die Gegenwart – politische Praktiken sind auf den Erhalt eines ökonomisch definierten Wohlstandes sowie wirtschaftlicher Stabilität gerichtet. Eine Zukunftsperspektive eröffnet sich am ehesten in der Einbindung der Story-Line von ‚Deutschland als Vorreiter‘ sowie in der vereinzelt Nennung konkreter CO<sub>2</sub>-Reduktionsziele in einem bestimmten zeitlichen Korridor. Da diese jedoch nicht in eine umfassendere Zukunftsperspektive eingebunden werden, haben die vereinzelt Artikulationen mit Zukunftsperspektive für die glücksverheißende Dimension des Narrativs insgesamt keinen hohen Stellenwert.

Die überdurchschnittlich hohe diskursive Verbreitung des fantasmatischen Narrativs ‚marktwirtschaftliche Energiepolitik‘ belegt, dass es Teil der hegemonialen Formation ist, was auf die Dominanz marktwirtschaftlich orientierter Deutungsmuster innerhalb dieser Formation verweist.<sup>81</sup> Wie in Kapitel 5.1.3 zeigt sich hier erneut, dass es der hegemonialen Formation in besonderer Weise gelingt, ihre eigenen inneren Grenzen zu verschieben und den politischen Raum neu zu definieren: Das Narrativ ‚marktwirtschaftliche Energiepolitik‘ passt sich schnell an neue Gegebenheiten – wie „Fukushima“ – an und bindet diese marktwirtschaftlich ein. So wird verhindert, dass Dislokationen zur Quelle ‚anderer‘ politischer Praktiken (Glynos/Howarth 2007: 147) werden können.

Politische Praktiken, die sich im Kontext des Narrativs ‚marktwirtschaftliche Energiepolitik‘ zeigen – können in Anlehnung an Glynos/Howarth (2007) von ihrer Ausrichtung her als beharrend klassifiziert werden, da sich der zeitliche Bezug ihrer Glücksverheißung überwiegend auf die Gegenwart fokussiert. Durch ihre schnelle Anpassung an neue Gegebenheiten und die Vereinnahmung der Artikulationsmuster des\*r politischen Gegner\*in können sie in der Praxis teilweise eine reformistische Wirkung entfalten, die aber auf den Erhalt, bzw. die Ausbreitung der hegemonialen Formation gerichtet ist, deren marktwirtschaftliche Orientierung als alternativlos dargestellt wird. Da die Haupthindernisse einer erfolgreichen marktwirtschaftlichen Energiepolitik extern in einer ‚Ideologie‘ der Regulierung bis hin zu ‚Sozialismus‘ verortet werden, stärkt das die Einordnung der entsprechenden politischen Praktiken in ihrer Ausrichtung sowie der Wirkrichtung des marktwirtschaftlichen Narrativs im Spektrum zwischen reformistisch bis beharrend.

81 Dies führe ich im folgenden Kapitel 5.4 genauer aus. Vgl. dazu auch Fußnote 94.

### 5.3.3 Sozial-ökologischer Umbau

#### Entwicklung des Narrativs

Die LINKE bzw. zunächst die PDS thematisiert eine „Energiewende“ vor dem Hintergrund eines umfassenderen gesellschaftlichen Umbaus. In der 14. Legislaturperiode wird dabei der Begriff des ‚ökologischen Umbaus‘ verwendet, der gemeinsam mit sozialpolitischen Themen artikuliert wird. In der 16. Legislaturperiode spricht die LINKE dann vermehrt von ‚sozial-ökologischem Umbau‘, was die Notwendigkeit einer Gleichzeitigkeit von ökologischer und gesellschaftspolitischer Transformation hervorhebt. In Abgrenzung zu einer ökologischen Modernisierung zielt der von PDS und später der LINKEN artikulierten ökologische, bzw. sozial-ökologische Umbau auf eine gemeinsame Betrachtung ökonomischer und sozialer Strukturen ab und ist nicht marktwirtschaftlich ausgerichtet. Ein sozial-ökologischer Umbau in diesem Sinne wird von anderen Fraktionen eher selten adressiert<sup>82</sup> und teilweise auch explizit abgelehnt. Aufgrund der geringen Redezeiten von PDS und später der LINKEN, der isolierten Diskursposition sowie der relativ geringen Involvierung<sup>83</sup> in den Diskurs, ist die diskursive Verbreitung gering – das fantasmatische Narrativ bleibt marginalisiert.

#### Hindernisse/Gefahren und schreckensverheißende Dimension

Die Ursachen sozialer und ökologischer Krisen werden im Kontext der Marktorientierung politischer Praktiken und in diesem Zusammenhang auch in der Durchsetzung von Profit- und Konzerninteressen, die in einen Gegensatz zu Demokratie gestellt werden, beschrieben. Die Hindernisse/Gefahren für „Energiewende“ werden demnach innerhalb der ökonomischen Struktur – also intern – verortet:

Denken Sie nur an die Entwicklung in den letzten Tagen und Wochen im Energie- und Telekommunikationssektor! Überall zeigt sich: Hemmungsloser Markt ist nicht nur blind gegenüber gesellschaftlichen Bedürfnissen, er stärkt auch nicht die Kreativen und die Fleißigen, sondern stets nur die Mächtigen. Kurzfristige Wohlstandsgewinne werden so teuer erkaufte“ (PDS 25.11.1999: 6654).

Von einer marktorientierte Steuerung – im Gegensatz zu einer demokratischen Steuerung – von Maßnahmen (z.B. des Emissionshandels) sowie von fehlendem politischen Eingreifen und Liberalisierung (z.B. der Abschaffung der Strompreisaufsicht) profitieren nach Ansicht der LINKEN vor allem Großunternehmen, während die Strompreise für Privatpersonen steigen. Das sei ein „Feldzug gegen die Verbraucherinnen und Verbraucher“ (LINKE 02.07.2009: 25876).

Die Priorisierung ökonomischer vor ökologischen und sozialen Interessen, wie sie auch durch die rot-grüne Bundesregierung erfolge, wird als krisenverursachend konstituiert: „Im Streit ‚Umwelt kontra Wirtschaft‘ blieb der Umweltminister zweiter

82 In einigen Fällen greifen die GRÜNEN eine sozial-ökologische Transformation auf (z.B. GRÜNE 03.07.2014: 4298), oder artikulieren ebenfalls umwelt- und sozialpolitische Themen gemeinsam.

83 Gemeint ist die vergleichsweise geringe relative Häufigkeit, mit der PDS und später die LINKE an dem Diskurs um „Energiewende“ teilnehmen.

Sieger“ (PDS fraktionslos<sup>84</sup> 28.05.2004: 10252). Die rot-grüne Regierung mache nur vordergründig Umweltpolitik, habe in Wirklichkeit den Umweltschutz gekürzt und schaffe soziale Ungerechtigkeit (PDS 25.11.1999: 6748). Vor diesem Hintergrund wird im Narrativ des ‚sozial-ökologischen Umbaus‘ ein Katastrophenszenario eröffnet, welches die Gefahr zeitlich in der Gegenwart verortet. Die Regierungskoalition rede die „Klimakatastrophe“ klein und biete auch mit dem Emissionshandel keinen Lösungsansatz: „Wenn wir auch gern anderes glauben und die Bundesregierung anderes predigt: Das Problem der drohenden Klimakatastrophe steht weiter vor uns bzw. schwebt über der Welt. Der Klimaschutz stagniert seit Jahren, jedenfalls gemessen an den CO<sub>2</sub>-Emissionen“ (PDS fraktionslos 28.05.2004: 10252).

Die Beschreibung interner Ursachen des Klimawandels, wie zum Beispiel die „weltweite Verbrennung fossiler Energieträger“ als „Hauptursache des Klimawandels“ (LINKE 02.07.2009: 25694), wird über die 16. Legislaturperioden hinweg als Ausgangspunkt für die Artikulation konkreter Folgen des Klimawandels im Rahmen einer schreckensverheißenden Dimension genommen:

„Die Folgen [...] sind heute Trinkwassermangel und Ernteausfälle weltweit. Für Millionen von Menschen bedeutet das Hunger, Elend und Heimatlosigkeit. Viele Regionen der Welt treiben von Krise zu Krise. Konflikte verschärfen sich, und der Kampf um Wasser und Ressourcen gehört in vielen Ländern, zum Beispiel in vielen Ländern Afrikas, und Gaszusagen gegen Waffenlieferungen“ (LINKE 02.07.2009: 25694).

Die politische Priorisierung wirtschaftlicher Interessen verschlimmere die Situation, so reagiere die Bundesregierung mit Aufrüstung, um sich die Transportwege für ihre Energiequellen zu sichern, z.B. in Libyen. Dadurch bleiben „Frieden, Menschenrechte und eine sichere und nachhaltige Versorgung mit Energie“ auf der Strecke (LINKE 02.07.2009: 25694). Hervorzuheben ist hierbei, dass die schreckensverheißende Dimension durch Ausweitung der Erzählperspektive auf den globalen Süden einen Gegenwartsbezug erhält.

Auch nach „Fukushima“ bleibt die LINKE bei einer internen Gefahrenverortung in Bezug auf ihre Vorstellung einer „Energiewende“ im Rahmen des sozial-ökologischen Umbaus und zielt in ihrer Kritik auf die in ihren Augen Profit- und Marktorientierung der Energiepolitik der Bundesregierung ab: „Während die Bürgerinnen und Bürger über die EEG-Umlage die Energiewende finanzieren müssen, wird bei der Industrie Geld damit verdient“<sup>85</sup> (LINKE 30.06.2011: 13390). Das Ganze sei eine „gigantische Umverteilungsmaschine“ (LINKE 29.03.2012: 20277). Wenn sich daran nichts ändere, „dann wird der sozial-ökologische Umbau scheitern“ (LINKE 29.03.2012: 20277). Auch die LINKE bemüht das Katastrophenszenario der ‚Deindustrialisierung‘, allerdings aus Perspektive der Solarindustrie. In deren Niedergang spiegle sich die ungerechte, interessengeleitete und profitorientierte Politik der Regierungskoalition. Im Osten Deutschlands drohe „eine zweite Deindustrialisierungs-

84 Die PDS ist in der 15. Legislaturperiode nicht als Fraktion, sondern nur über Direktmandate vertreten.

85 Gemeint ist hier, dass die energieintensiven Unternehmen von den strompreissenkenden Effekten der erneuerbaren Energien profitieren, aber keine EEG-Umlage bezahlen.

welle“, die „für die Menschen vor Ort eine Katastrophe“ wäre und „auch das Vertrauen in die Politik nachhaltig zerstören“ würde (LINKE 13.06.2013: 31587). Das nütze nur den „Stromgroßkonzernen“ und der Atomindustrie, denen sich die Koalition verpflichtet fühle, während sie „die Solarindustrie am ausgestreckten Arm verhungern“ lasse (LINKE 13.06.2013: 31587).

Die LINKE betrachtet auch die marktorientierten Novellierungen des EEG 2014 und 2016/2017 in der 18. Legislaturperiode als Hindernisse für die „Energiewende“, welcher sie im Verständnis ihres Narrativs des sozial-ökologischen Umbaus Bedeutung zuweist. Unter Rückgriff auf die Story-Line, welche die ‚großen Vier‘ als Repräsentanten des herkömmlichen Energiesystems konstituiert, kritisiert sie politische Praktiken, die nach ihrer Auffassung Konzerninteressen bedienen („Lex RWE“) (LINKE 27.06.2014: 3934), und die im Sinne der Profitinteressen das weitere Betreiben von Kohlekraftwerken ermöglichen (LINKE 01.06.2016: 16977). Die Novellierung des EEG 2016/17 wird von Seiten der LINKEN als Gefahr für die Bürger\*innenenergie konstituiert, weil sie „das Geschäft mit Erneuerbaren-Strom internationalen Fonds und Konzernen zu[schanze]“ (LINKE 01.06.2016: 16985) und Bürgerenergiegesellschaften durch „windige Konstruktionen von Rechtsanwaltsbüros der großen Projektierer“ (LINKE 29.06.2017: 24988) ersetzt werden.

### Glücksverheißende Dimension

Die PDS skizziert in der 14. und 15. Legislaturperiode eine positive Vision für einen ‚ökologischen Umbau‘ und benennt dafür aus ihrer Sicht erforderliche politische Maßnahmen. Insgesamt müssten „32 Milliarden DM an ökologisch schädlichen Subventionen“ abgebaut werden und in einen „ökologischen Umbau“ fließen. Im Kohlebergbau wären „alternative Arbeitsplätze“ zu schaffen (PDS 25.11.1999: 6749). Die Mittel sollten quer über alle Haushalte, „beispielsweise für die Altbauanierung, für eine ökologische Verkehrswende, für die Förderung erneuerbarer Energien sowie für die Umweltforschung und internationale Klimaschutzmaßnahmen verwendet“ werden (PDS 25.11.1999: 6749). Letztlich erfordere der „ökologische Umbau“ aber eine Abkehr vom „Wachstumsmodell“ insgesamt, da auch technischer Fortschritt den zunehmenden Energiekonsum nicht auffangen könne (PDS 25.02.2000: 8436). Zudem sei ein sofortiger Atomausstieg notwendig, anders als im Rahmen des ‚Atomkonsenses‘ im Verständnis der Bundesregierung vorgesehen (PDS 14.12.2001).

Insgesamt fällt auf, dass in der glücksverheißenden Dimension das Narrativ des ‚sozial-ökologischen Umbaus‘ relativ unspezifisch erscheint und der sozial-ökologische Umbau sowohl als Narrativ selbst, als auch als zukünftiges Ziel seiner Verheißung in Erscheinung tritt. Artikulationen zielen dabei oft auf spezifische politische Maßnahmen in Form einer Änderung politischer Praktiken in der Gegenwart ab. Erneuerbare Energien werden dabei als ein wichtiger Bestandteil des ökologischen Umbaus gesehen. Das EEG sei „eines der besten Gesetze im Umweltbereich“ (PDS 27.06.2002: 24775). Allerdings seien mehr Maßnahmen zum Energiesparen zu treffen (PDS 25.02.2000: 8436). Fossile Energien müssten durch eine ‚richtige‘<sup>86</sup> Ökosteuer verteuert werden. Zudem müsse der Strom-, Wärme- und Verkehrsbereich

86 Wie bereits ausgeführt wurde, kritisiert die PDS die Ökosteuer der rot-grünen Bundesregierung als sozial ungerecht und ökologisch wirkungslos.

viel mehr betrachtet werden (PDS 25.02.2000: 8436). In der 16. Legislaturperiode fordert die LINKE eine „radikale Energiewende hin zu erneuerbaren Energien“ (LINKE 02.07.2009: 25694), wodurch die „Energiewende“ im Verständnis des sozial-ökologischen Umbaus ebenfalls im Rahmen einer glücksverheißenden Dimension unter einem zeitlichen Zukunftsbezug positiv verortet wird. Eine Vollversorgung mit erneuerbaren Energien sei bis 2040 machbar (LINKE 02.07.2009: 25695).

Die mit der Story-Line ‚Deutschland als Vorreiter‘ verbundene Glücksverheißung spielt im Narrativ des ‚sozial-ökologischen Umbaus‘ keine Rolle, stattdessen wird das internationale friedenspolitische Potenzial der erneuerbaren Energien im Sinne einer Verhinderung von Kriegen um Ressourcen in den Vordergrund gestellt. Das technologische Wissen müsse dabei mit Schwellen- und Entwicklungsländern geteilt werden (LINKE 02.07.2009: 25694). Auch in der 18. Legislaturperiode bleibt die LINKE bei diesen Forderungen (z.B. LINKE 01.06.2016: 16986).

Mit der Forderung nach einer Demokratisierung des Energiesektors als Teil eines sozial-ökologischen Umbaus projiziert die LINKE vor allem in der 16. und 17. Legislaturperiode eine weitere glücksverheißende Perspektive für die Zukunft, wiederum unterlegt mit gegenwartsbezogenen politischen Forderungen: Spekulationen sollen verboten, das Stromgeschäft zurück „in die Hände der Stadtwerke“ gelegt, die Monopolwirtschaft beendet, ein Verbraucherbeirat institutionalisiert und die Kontrolle des Stromhandels in öffentliche Hand übertragen werden (LINKE 02.07.2009: 25876). Die Demokratisierung umfasse auch, dass die Stromnetze „in öffentlicher Hand“ seien, und somit die Politik und „die Demokratie“ dafür „zuständig“ (LINKE 24.03.2011: 11284). Ebenso wird „eine Dezentralisierung und Kommunalisierung“ der Energieversorgung gefordert, die Politik solle „für die öffentliche Daseinsvorsorge zuständig“ sein (LINKE 24.03.2011: 11284). Im Zusammenhang mit der Verheißung der Demokratisierung des Energiemarktes kommt erneut ein Rückgriff auf die Story-Line der ‚großen Vier‘ zum Tragen. Die „Zerlegung und, soweit es geht, eine Rekommunalisierung“ der großen Energiekonzerne wird gefordert (LINKE 30.06.2011: 13378). Politik müsse von Lobbyismus unabhängig sein (LINKE 17.03.2011: 10898), damit Einigungen demokratisch erzielt werden können. Dabei spiele auch die Wissenschaft eine Rolle: Es müsse ein „Energiekonzept der Zukunft“ mit „unabhängigen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern, Umweltverbänden und kommunalen Energieversorgern erarbeitet werden“ (LINKE 17.03.2011: 10898).

### **Implizit geteilte Annahmen und Klassifizierung**

Den mit dem fantasmatischen Narrativ des ‚sozial-ökologischen Umbaus‘ verbundenen Artikulationsmustern liegen implizit geteilte und positiv besetzte Annahmen über Umbau, Demokratisierung, sozial, ökologisch, sozial-ökologisch, etc. zu Grunde. Der Rahmen des Narrativs umfasst auch Annahmen über Marktwirtschaft, Wettbewerb, Liberalisierung oder Wachstum, die aber negativ konnotiert sind. Diese werden eher explizit artikuliert, um aus dem Feld der Gegen-Hegemonie heraus die Annahme ihrer Naturgegebenheit herauszufordern. Dennoch bleibt das Narrativ des ‚sozial-ökologischen Umbaus‘ im Rahmen des „Energiewende“ – Diskurses marginal und es gelingt nur in geringem Umfang die Bedeutungsaufladung von „Energiewende“ etwa im Hinblick auf eine Dezentralisierung des Strommarktes zu beeinflussen.

Die Hindernisse für den sozial-ökologischen Umbau als glücksverheißende Vision werden dabei intern verortet: Zum einen in der marktwirtschaftlichen Orientierung

und der zunehmenden Privatisierung öffentlicher Daseinsvorsorge, zum anderen in der Ausrichtung der Politik an den (Profit-)Interessen der Wirtschaft, bzw. der Großunternehmen (die in einem Gegensatz zu den Interessen der Bürger\*innen und zur Demokratie gestellt werden). Der gesellschaftliche Ist-Zustand ist daher negativ konnotiert, die glücksverheißende Dimension ist auf die Zukunft gerichtet. Der sozial-ökologische Umbau verweist auf eine zukünftige ‚andere‘ Gesellschaftsordnung, auch wenn deren Gestaltung in vielen Teilen implizit bleibt. Stattdessen werden vielfach Forderungen, die auf eine verfahrenspolitische Ebene abzielen, artikuliert. Insgesamt bleiben die Konturen eines sozial-ökologischen Umbaus auch aufgrund der geringen diskursiven Verbreitung unscharf.

Die implizite Annahme globaler Ungleichverteilung, welche im Narrativ des ‚sozial-ökologischen Umbaus‘ und teilweise auch dem der ‚ökologischen Modernisierung‘ zu Tage tritt, ermöglicht es im Rahmen der schreckensverheißenden Dimension einen Gegenwartsbezug herzustellen und Konsequenzen des Klimawandels im globalen Süden sichtbar zu machen. Aber auch bezüglich dieser Dimension bleibt die diskursive Wirkung des Narrativs marginalisiert und wird vom hegemonialen Katastrophenszenario der ‚Deindustrialisierung‘ überlagert.

Politische Praktiken, die sich im Kontext des Narrativs des ‚sozial-ökologischen Umbaus‘ zeigen, sind in Anlehnung an Glynos/Howarth (2007) von ihrer Ausrichtung her als transformativ einzustufen, da die Hindernisse für die positive Zukunftsperspektive ausschließlich system-intern – in dem Fall in der ökonomischen Struktur des Energiesektors – beschrieben werden. In der zeitlichen Perspektive der glücksverheißenden Dimension wird durch das Nennen verfahrenspolitischer Maßnahmen jedoch überwiegend ein Gegenwartsbezug hergestellt, wodurch im Rahmen des Narrativs auch als reformistisch ausgerichtet zu wertende politische Praktiken abgebildet werden. Deren Wirkung wird allerdings in der Intention als transformativ, auf ein nur ansatzweise skizziertes Zukunftsprojekt des sozial-ökologischen Umbaus ausgerichtet, dargestellt.

## 5.4 ZUSAMMENFÜHRUNG UND DISKUSSION: POST-POLITIK DER „ENERGIEWENDE“

In Kapitel 5.1.2 (Kollokationsanalyse) habe ich die regelmäßigen Differenzbeziehungen von „Energiewende“, herausgearbeitet und in Kapitel 5.1.3 die Entwicklung dieser Muster im Kontext der Klassifizierung von Forderungen und somit von Hegemonie diskutiert und zusammengeführt. In Kapitel 5.2 und 5.3 habe ich durch Analyse von Story-Lines komplexitätsreduzierende Erzählungen von „Energiewende“ nachgezeichnet, die Bedeutungskämpfe analysiert und schließlich durch Benennen und Beschreiben der fantasmatischen Narrative den Rahmen des „Energiewende“ – Diskurses auf der Ebene der Fantasie sichtbar gemacht. Bereits in der computerbasierten Analyse, welche die oberste Diskursebene adressiert, deutet sich eine Tendenz zur Reduktion des politischen Diskurses über erneuerbare Energien auf technologisch und ökonomisch orientierte Themenfelder an. Diese Tendenz festigt sich in den fol-